



Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Ass.-Prof. DI Dr. Johann Bröthaler

Präsident der AK Oberösterreich

Technische Universität Wien

Oberösterreich braucht ein kommunales Beschäftigungs- und Konjunkturpaket

Pressekonferenz

am Montag, 3. Mai 2010, um 11.00 Uhr

in der Arbeiterkammer Linz

Mit ganzer Kraft gegen die Krise

Städte und Gemeinden sind besonders von der Wirtschaftskrise betroffen. Gemeindeeinnahmen brechen ein und Pflichtausgaben explodieren. „Die Kommunen können ihre Aufgaben im Sozial-, Gesundheits- und Freizeitsektor nicht mehr erfüllen und brauchen Hilfe“, zeigt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer auf. „Diese Unterstützung sichert regionale Arbeitsplätze und sichert die Lebensqualität.“ Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert daher ein Gemeindepaket für Zukunftsinvestitionen, ein kommunales Beschäftigungsprogramm für Kinderbetreuung und soziale Dienste sowie die Finanzierung dieser Maßnahmen über vermögensbezogene Steuern.

Kein Ende der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise

Die Wirtschaftskrise hat zu einer anhaltenden Beschäftigungskrise geführt. Das wiederum bringt die öffentlichen Budgets massiv ins Schwanken. Besonders hoch ist der Druck auf die Gemeinden. Die Kommunen können der Finanznot nicht ausweichen und kommen unter die Räder.

Im Jahr 2009 ist die Wirtschaftsleistung österreichweit um 3,6 Prozent zurückgegangen – das war stärker als erwartet. Die Konjunkturbelebung ist dagegen langsamer als erwartet: Das WIFO musste in seiner letzten Prognose Ende März die Schätzungen um 0,2 Prozentpunkte auf 1,3 Prozent für 2010 und 1,4 Prozent im nächsten Jahr zurücknehmen. Niedrige Kapazitätsauslastung und hohe Unsicherheit verhindern einen selbsttragenden Aufschwung. Oberösterreich als Export- und Industrieland ist besonders stark betroffen.

Seit Mitte 2008 steigen die Arbeitslosenzahlen rasant an. Im März 2010 waren österreichweit fast 355.000 Personen arbeitslos gemeldet, in Schulungsmaßnahmen oder auf der Suche nach einer Lehrstelle. In Oberösterreich stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen auf 46.973 – das ist der höchste Wert seit zehn Jahren!

Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen. Das WIFO prognostiziert für 2011 eine Arbeitslosenquote von 8,1 Prozent. Die Arbeiterkammer befürchtet, dass sich die Arbeitslosigkeit dauerhaft auf hohem Niveau verfestigt.

Alle Budgets geraten unter Druck

Weniger Wirtschaftsleistung führt direkt zu Rückgängen bei Steuereinnahmen. Insgesamt wird mit Mindereinnahmen des Bundes von rund fünf Milliarden Euro pro Jahr gerechnet.

Nun müsse auch der Staat sparen, ist der häufige Reflex. Aber eine zu rigorose Budgetkonsolidierung hemmt Wachstum und Beschäftigung. Sparen in der Rezession würgt die Konjunktur ab und belastet die öffentlichen Haushalte noch mehr. Ein zweites Konjunkturpaket würde einen Aufschwung bewirken und die öffentlichen Haushalte könnten sich mittelfristig konsolidieren – aber ohne drohenden Konjunkturreinbruch und hohe Arbeitslosigkeit.

Gemeinden stehen vor finanziellem Kollaps

Die Gemeinden sind am stärksten von der Krise betroffen, denn sie können der Krise weder durch höhere Steuern noch durch Einsparungen ausweichen. Die Pflicht- und Fixausgaben der Gemeinden betragen oft mehr als 90 Prozent.

Bis jetzt haben Gemeinden regelmäßig Überschüsse erwirtschaftet. Damit ist es nun vorbei. Mehr als 300 der 444 oberösterreichischen Gemeinden können ihr Budget nicht mehr ausgleichen und sind auf Landeshilfe angewiesen.

Österreichs Gemeinden investieren pro Jahr mehr als 2 Milliarden Euro und sind damit zusammen genommen der größte öffentliche Investor. In den Jahren 2003 bis 2009 haben alleine Oberösterreichs Gemeinden fast 6.000 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von mehr als 3,8 Milliarden Euro umgesetzt. Damit ist jetzt Schluss: Neue Berechnungen der TU Wien im Auftrag der Arbeiterkammer zeigen, dass der Trend bei den oberösterreichischen Gemeinden besonders stark nach unten weist. Im Jahr 2013 werden mehr als 200 Millionen Euro in den Gemeindekassen fehlen – das ist mehr als doppelt soviel wie im Österreich-Schnitt (ohne Wien). Damit sind keine Investitionen mehr möglich und das Budgetloch der Gemeinden wird zu einem Auftragsloch in jenen Branchen, die von Gemeindeaufträgen leben. Darüber hinaus sind bestehende Dienstleistungen – insbesondere im Sozialbereich – bedroht, schrittweise abgebaut zu werden.

Jetzt in die Zukunft investieren bringt Mehrfachnutzen

Der gewünschte Aufschwung wird nicht selbsttragend sein: Treibende Kraft ist und bleibt die staatliche Wirtschaftspolitik. Das WIFO hat bereits ein weiteres Impulsprogramm für eine nachhaltige Stabilisierung der Wirtschaft mit einem Volumen von einer Milliarde Euro empfohlen. Dieser Impuls soll beschäftigungswirksam sein, dem Energiesektor nutzen und positive Auswirkungen auf den Bildungsbereich haben.

AK-Forderung: Gemeindepaket für Zukunftsinvestitionen

Die Arbeiterkammer fordert den Bund auf, für den notwendigen Finanzierungsschub zu sorgen und ein Zukunftsinvestitionspaket für Gemeinden in der Höhe von einer Milliarde Euro aufzustellen. Dabei ist darauf zu achten, dass dem kurzfristigen Nutzen (Konjunkturbelebung) auch ein mittel- und langfristiger Nutzen folgt. Investitionen sollen vor allem in die Schlüsselbereiche Infrastruktur, Bildung und grüne Technologien gehen:

- **Thermische Sanierung:** Oberösterreichs Gemeinden sind für den Bau und die Erhaltung von mehr als 6.000 Gebäuden zuständig. Nach Schätzungen des Energieinstituts der Johannes Kepler Universität Linz sind mindestens 2.400 davon sanierungsbedürftig. Allein die thermische Sanierung hätte ein Volumen von rund 80 Millionen Euro. Diese Investitionen rechnen sich in kurzer Zeit über geringere Heiz- und Erhaltungskosten.
- **Steigerung der Energieeffizienz,** wie z.B. Nahwärme und Kraft-Wärme-Koppelung und Beleuchtung: In vielen kommunalen Bereichen sind durch Modernisierung mittelfristig Energie- und Budgeteinsparungen erzielbar.
- **Informations- und Kommunikationstechnologie**
- **Infrastruktur für die zukünftigen Anforderungen:** Kindergärten und Schulen sind vielfach nicht den zukünftigen Anforderungen (Ausweitung der Kinderbetreuung und neue Schulsysteme) gewachsen.

Investitionen in diese Bereiche wirken dreifach: Arbeitsplätze werden gesichert, Betriebskosten werden gespart und es wird ein Beitrag zur Erreichung des Klimaziels geleistet.

Insgesamt fließen zwischen einem Drittel und der Hälfte der Ausgaben über Steuern, Abgaben und Sozialversicherung an die öffentlichen Haushalte zurück, während gleichzeitig die Kosten für die vermiedene Arbeitslosigkeit entfallen.

Aufbringung und Verteilung der Investitionsmittel

Die Bundesmittel sollen nach dem Bevölkerungsschlüssel auf die Länder aufgeteilt werden. Für oberösterreichische Gemeinden stünden demnach etwa 260 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Länder sollten einen Eigenanteil von 25 Prozent dazulegen. Für Oberösterreich wären dies etwa 65 Millionen Euro.

Jede Gemeinde sollte, wenn es ein umsetzungsreifes Projekt hat, mit einem anteilmäßigen Anspruch berücksichtigt werden. Die Gemeinden sollten einen Eigenbeitrag von 25 Prozent der Projektkosten leisten. Sollte die Gemeinde den Eigenbeitrag nicht erbringen können, sollte das Land den Beitrag übernehmen – entweder als Förderung oder als langfristigen, in den zumindest fünf ersten Jahren zinsenlosen und tilgungsfreien Kredit.

Die Wirkung dieses Pakets wäre groß. Nach AK-Berechnungen auf Basis von WIFO-Zahlen könnte das Wirtschaftswachstum um 0,8 bis einen Prozentpunkt stärker steigen und würde im Jahr 2011 zumindest 2,0 Prozent betragen und nicht 1,4 Prozent wie derzeit prognostiziert.

Das zusätzliche Wachstum würde bundesweit etwa 15.000 Arbeitsplätze schaffen und in Oberösterreich rund 4.000 zusätzliche Jobs bewirken.

Gemeinden sind Motor bei den sozialen Dienstleistungen

Viele Arbeitsplätze sind durch die Krise unwiederbringlich verloren gegangen. Eine große Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist der Ausbau der sozialen Dienstleistungen. Laut WIFO-Beschäftigungsprognose werden in den nächsten Jahren die höchsten Beschäftigungszuwächse in den qualifizierten Gesundheits- und Sozialberufen erzielt werden. Alleine in der Kinder- und Altenbetreuung besteht in Oberösterreich bis 2015 ein Bedarf von rund 3.400 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Bereits jetzt gibt es in vielen oberösterreichischen Gemeinden einen Pflegenotstand, weil Betreuungspersonal fehlt. Die zusätzlichen Kosten für den notwendigen Ausbau von Kinder- und Altenbetreuung werden die Gemeinden nicht alleine tragen können.

Herausforderung Kinderbetreuung

Die Barcelona-Ziele der EU fordern für 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze (Krabbelstuben, Tagesmütter) und für 90 Prozent der Kinder zwischen drei und sechs Jahren (Kindergartenalter).

Laut AK-Vereinbarkeitsindikator sind nur beschämende 6,6 Prozent der Kindergärtenplätze für Drei- bis Sechsjährige mit einer Vollbeschäftigung vereinbar. Rund 40 Prozent der Eltern würden gerne mehr arbeiten, wenn bessere Betreuung zur Verfügung stünde.

Der Ausbau der Kinderbetreuung bringt ebenfalls dreifachen Nutzen:

- Ein flächendeckendes, erschwingliches Kinderbetreuungsangebot mit arbeitnehmerfreundlichen Öffnungszeiten gibt Kindern mehr Chancen im Leben. Ein Großteil der sozialen, kognitiven und emotionalen Fähigkeiten entwickelt sich in den ersten Lebensjahren eines Kindes. Spätere Bildungschancen werden maßgeblich in dieser Phase geprägt. Insbesondere für Kinder von Eltern mit niedrigen Bildungsabschlüssen, für Kinder mit Migrationshintergrund und armutsgefährdete Kinder bietet eine außerhäusliche Betreuung eine zusätzliche Förderung.
- Ein flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot eröffnet zusätzliche Möglichkeiten für Eltern am Arbeitsmarkt. Besonders Frauen können einer bezahlten und sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Tätigkeit nachgehen.
- Flächendeckende Kinderbetreuung schafft direkt neue Arbeitsplätze.

Herausforderung Altenpflege

Mit dem demografischen Wandel kommt eine weitere Herausforderung auf die Kommunen zu – die Altenpflege. Zwischen 2006 und 2030 wird die Gruppe der Über-80-Jährigen, also jene Altersgruppe mit der höchsten Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden, um 73 Prozent wachsen. In Oberösterreich wird die Zahl von betreuungs- und pflegebedürftigen Menschen bis 2030 um rund 40 Prozent ansteigen. Laut Planungen des Sozialressorts wird bis 2015 eine Ausweitung des Angebots um 2.900 zusätzliche Wohnplätze notwendig sein. Dies wird wiederum einen Erweiterungsbedarf von rund 1.360 Pflegekräften nach sich ziehen. Um diesem Bedarf entgegenzukommen, braucht es sofort eine Ausbildungs- und Beschäftigungsoffensive.

AK-Forderung: Kommunales Beschäftigungsprogramm für soziale Dienstleistungen

Die Arbeiterkammer fordert daher ein kommunales Beschäftigungsprogramm, das bis zum Jahr 2014 insgesamt 3.400 neue Arbeitsplätze im Bereich Kinder- und Altenbetreuung in Oberösterreich schafft. Das notwendige Investitionsvolumen beträgt rund 153 Millionen Euro. Rund ein Drittel des Investitionsvolumens würde über Abgaben bzw. Steuern wieder in den Staatshaushalt zurückfließen. Entscheidend wird sein, dass die nachhaltige Finanzierung dieser neuen kommunalen Arbeitsplätze beim nächsten Finanzausgleich geregelt ist.

Finanzierung des Gemeindepakets über Vermögenssteuern

Kurzfristig kann ein solches Konjunkturpaket schuldenfinanziert sein. Mittel- und langfristig muss aber jede Staatsverschuldung gegenfinanziert werden. Dafür ist es notwendig, jene Geldquellen heranzuziehen, die verteilungspolitisch gerecht sind und nicht die Konjunktur dämpfen. Erhöhungen von Massensteuern und ein Großteil der ausgabenseitigen Sanierungen wirken jedoch degressiv (sie besteuern die Wenigverdienenden besonders stark) und reduzieren besonders stark die Konsumausgaben.

Die Arbeiterkammer fordert eine Gegenfinanzierung über vermögensbezogene Steuern. Diese sind sozial gerecht und dämpfen nicht die Konjunktur. Daraus lassen sich Konjunkturpakete und andere Krisenkosten, die der Staat zu tragen hat, refinanzieren. Dazu gibt es konkret folgende Vorschläge:

- Besteuerung der Spekulationsgewinne bei Aktien: 200 Millionen Euro
- Abschaffung der Privilegien für Privatstiftungen: 750 Millionen Euro
- Vermögenssteuer bei Vermögen über 1 Million Euro: 3 Milliarden Euro
- Bankenabgabe: 500 Millionen Euro
- Finanztransaktionssteuer: 1,7 Milliarden Euro
bis dahin: Börsenumsatzsteuer: 150 Millionen Euro
- Besteuerung der Grundstücksspekulation: 200 Millionen Euro